Bundeskanzleramt

Bundesministerin für
Europa, Integration und Familie

Geschäftszahl:
BMEIF: 2026-0.969.743

71a/3
Zur Veröffentlichung bestimmt

Vortrag an den Ministerrat

Bundesgesetz mit dem das Integrationsgesetz, das Staatsbürgerschaftsgesetz 1985, das Anerkennungs- und Bewertungsgesetz und das Integrationsjahrgesetz geändert werden sowie ein Integrationsdatengesetz erlassen wird (Integrationspflichten-Gesetz 2026)

Der vorliegende Gesetzesentwurf schafft die rechtlichen Grundlagen für ein verbindliches Integrationsprogramm, das auf den drei Säulen „Deutscherwerb“, „Werte“ und „Erwerbstätigkeit“ beruht. Die Verbindlichkeit wird durch Mitwirkungspflichten und Sanktionen bei deren Verletzung sichergestellt. Zudem wird der Datenaustausch zwischen den integrationsrelevanten Behörden und Stellen verbessert.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Integrationsgesetz, das Staatsbürgerschaftsgesetz 1985, das Anerkennungs- und Bewertungsgesetz und das Integrationsjahrgesetz geändert werden sowie ein Integrationsdatengesetz erlassen wird (Integrationspflichten-Gesetz 2026) samt Erläuterungen, Textgegenüberstellung und Wirkungsfolgenabschätzung dem Nationalrat zur verfassungsgemäßen Behandlung zuleiten.

18. November 2026

Claudia Bauer
Bundesministerin